

Vereinbarung über die politische Zusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Treptow-Köpenick, DIE LINKE Treptow-Köpenick und Bündnis 90/Die Grünen Treptow-Köpenick für die IX. Wahlperiode

Treptow-Köpenick: sozial, ökologisch, weltoffen, partizipativ und solidarisch

Präambel

Die Bürger:innen von Treptow-Köpenick haben am 26.09.2021 entschieden, wer die politische Verantwortung in Treptow-Köpenick tragen soll. Diesem Willen und Auftrag kommen wir nach und verstehen unsere Zusammenarbeit als einen Aufbruch für den Bezirk. Gemeinsam werden wir uns für ein soziales, ökologisches, weltoffenes, partizipatives und solidarisches Treptow-Köpenick einsetzen. Wir wollen respektvoll, gleichberechtigt und konstruktiv miteinander arbeiten und laden alle demokratischen Parteien, Vereine, Verbände und Initiativen ein, den Bezirk mit uns gemeinsam zu gestalten.

Wir stellen uns entschieden gegen Diskriminierung, Demokratiefeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Feindlichkeit gegenüber queeren Menschen. Mit uns bleibt Treptow-Köpenick offen, tolerant und vielfältig. Die politische und gesellschaftliche Teilhabe der Bürger:innen wollen wir fördern. Wir werden daher bestehende Strukturen verstetigen und neue schaffen, damit Anwohner:innen ihren Kiez und junge Menschen ihre Freiräume mitgestalten können. Die Barrierefreiheit des sozialen und räumlichen Lebensumfelds ist unser Ziel.

Treptow-Köpenick bietet eine hohe Lebensqualität. Die vielen Grünflächen, Gewässer, Wälder, Parks sowie Natur- und Landschaftsschutzgebiete haben dabei einen ganz wesentlichen Anteil. Um diese zu erhalten, werden der Klima- und Umweltschutz sowie die kommunale Nachhaltigkeitsstrategie Leitfaden des Verwaltungshandelns sein. Unser Ziel ist, dass Treptow-Köpenick möglichst schnell klimaneutral wird entsprechend des Pariser Klimaschutzabkommens.

Wir wollen die unterschiedlichen Ortsteile in ihrem Charakter erhalten und fördern, bezahlbaren Wohnraum schaffen und die soziale, kulturelle, verkehrliche und grüne Infrastruktur den notwendigen Veränderungen im Bezirk anpassen.

Auch als Bildungs- und Wirtschaftsstandort wollen wir unseren Bezirk weiterentwickeln.

Die Kooperationspartnerinnen setzen sich gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus für eine deutliche Stärkung der Stellung der Bezirke sowie für eine bessere Personal- und Finanzausstattung ein.

Mit dieser Vereinbarung legen wir unsere gemeinsamen politischen Ziele für die nächsten fünf Jahre vor und halten die Verfahrensgrundsätze unserer Kooperation fest.

Demokratie, Verwaltung, Bürgerbeteiligung

Wir bauen die Beteiligung der Bürger:innen an bezirklichen Entscheidungen weiter aus. Dabei werden die Prozesse der räumlichen Stadtentwicklung durch das Fachamt koordiniert und gestärkt. Grundlage bleiben die Möglichkeiten durch die neu geschaffene Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung. Mit frühzeitigen Informationen, Ortsterminen, Kommunikationsangeboten zwischen Anwohnerschaft und Bauherr:innen sowie Ortsteilkonferenzen sollen verbindlich Dialog- und Mitbestimmungsmöglichkeiten unterbreitet werden. Partizipation und Mitbestimmung sind Angelegenheiten des gesamten Bezirksamtes und sollen daher in allen

Abteilungen ausgebaut werden. Hierfür wird es in jedem Geschäftsbereich eine:n Partizipationsbeauftragte:n geben. Deren Aufgaben werden die Umsetzung der bezirklichen Leitlinien für Bürgerbeteiligung und deren Evaluation sein. Wir halten am Modell der Kiezkassen als direkte Beteiligungsmöglichkeit auf Ortsteilebene fest und wollen auch dort Möglichkeiten der Verbesserungen umsetzen. Neben der Frage von Mitbestimmung an bezirklichen Entscheidungen soll den Bürger:innen auch die alltägliche Verwaltungsarbeit von Abteilungen des Bezirksamtes transparent gemacht werden. So erwarten wir ein Konzept zur dialogorientierten, beratenden und präventiven Aufstellung des Ordnungsamtes.

Zur Stärkung der Demokratie in unserem Bezirk haben in der Vergangenheit neben Bürger:inneninitiativen auch antirassistische Initiativen beigetragen, die wir weiter unterstützen. Dazu gehört die weitere Förderung des Zentrums für Demokratie sowie von Projekten der Frauen- und Queerarbeit.

Mit dem großen Stromausfall im Raum Köpenick 2019, aber auch mit der dauerhaften Koordination des Pandemiestabes aufgrund der Coronavirus-Pandemie, hat der bezirkliche Katastrophenschutz eine größere Bedeutung erhalten. Zusammen mit haupt- und ehrenamtlichen Katastrophenschützer:innen arbeiten wir daher an neuen Konzepten, um die Bevölkerung durch Informationen auf Großschadensfälle und den Umgang mit Hitzeperioden vorzubereiten sowie Verwaltung und Ehrenamt optimal für solche Situationen zu schulen.

In der letzten Wahlperiode hat Treptow-Köpenick als erster Berliner Bezirk eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Sie bildet den Leitfaden für bezirkliches Verwaltungshandeln. Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie soll regelmäßig evaluiert und fortgeschrieben werden. Zur Begleitung wird eine Gremienstruktur in der Nachfolge des Prozesses der Lokalen Agenda entwickelt, die eine Umsetzung der Strategie im Bezirk fördert.

Die Digitalisierung der Verwaltung wird vorangetrieben. Das Bezirksamt wird sich im Sinne der Bürger:innen sowie effizienter und beschäftigtenfreundlicher Arbeitsabläufe an Modellprojekten zur Digitalisierung der Berliner Verwaltung beteiligen, eigene anregen und diese konsequent umsetzen.

Die Arbeit für die Bürger:innen im Bezirk wird unabhängig von digitalen Verbesserungen von Menschen gemacht. Deren Arbeitsbedingungen im Bezirksamt werden verbessert. Dazu gehört, dass geprüft wird, ob im Sinne der Beschäftigten Pforten- und Reinigungsdienst rekommunalisiert werden können. Weiterhin sind Tarifanpassungen im öffentlichen Dienst für die Beschäftigten von vom Bezirk geförderten Trägern nachzuvollziehen.

In Zeiten knapper Kassen wird es immer wichtiger, Projekte im Bezirk über Drittmittel zu finanzieren. Die Vertragspartner:innen verabreden über Parteigrenzen hinweg, sich auf den ihnen zur Verfügung stehenden Ebenen effektiv für die Einwerbung von Drittmitteln einzusetzen.

Soziale Infrastruktur

Wir wollen die bestehenden Angebote der sozialen Infrastruktur, darunter Kitas, Schulen, Kiezkubs sowie Sport- und Kultureinrichtungen, erhalten, bedarfsgerecht ausbauen, erweitern und die Barrierefreiheit gewährleisten. Dabei besteht die öffentliche Trägerschaft der Kiezkubs fort und ein neuer Kiezkub wird zeitnah im Allendeviertel eröffnet. Das Frauenzentrum wird personell und finanziell gestärkt.

Innerhalb dieser Wahlperiode wird ein Haus der Teilhabe in einem geeigneten Gebäude geschaffen, in dem Menschen mit Behinderung, egal welchen Alters, zukünftig Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Es soll ein Ort

der Vernetzung entstehen, an dem Menschen mit Behinderung, ihre Vertrauenspersonen und weitere Akteur:innen gemeinsam mit dem Teilhabefachdienst für einen inklusiven Bezirk zusammenarbeiten.

Die Angebote der Obdachlosen-Wohnungslosenhilfe werden erhalten und ausgebaut. An Hotspots wird Straßensozialarbeit durchgeführt und 24/7-Kältehilfeeinrichtung werden verstetigt und zur ganzjährigen Unterkunft umgewandelt. Familien sollen statt in Sammelunterkünften in Wohnungen untergebracht werden. Angebote der Drogenprävention und Suchthilfe werden wir erhalten und ausbauen.

Zur Bewältigung körperlicher und psychosozialer Folgen der Covid-Pandemie implementiert das Bezirksamt unter Federführung der Qualitätsentwicklungs-, Planungs- und Koordinierungsstelle eine Long-Covid-Strategie und entwickelt Vorschläge für Maßnahmen.

Der Bezirk soll in einem fachübergreifenden und beteiligungsorientierten Prozess kinder- und jugendgerecht werden. Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst wird in Altglienicke und weiteren Ortsteilen personell und fachlich gestärkt.

Die Schulform der Gemeinschaftsschule wird gestärkt und hat bei der Gründung neuer Schulen Vorrang. Schulen, Hochschulen sowie die Volkshochschule sind nicht nur Orte, an denen Wissen vermittelt wird, sondern wichtige Lebens- und Sozialräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Wohnortnahe Schulplätze und bedarfsgerechte Schulsozialarbeit unterstützen ein gutes Aufwachsen. Damit Bildung und Weiterbildung zunehmend mobil stattfinden können, bringen wir die Digitalisierung in diesen Bereichen weiter voran.

Räume der Kultur sind so vielfältig wie sie selbst; so bestehen in Treptow-Köpenick zahlreiche Orte des Gedenkens und Erinnerns, aber auch die Clubkultur etabliert sich zunehmend bei uns im Bezirk. Damit alle Bürger:innen entsprechend ihren Bedürfnissen Zugang zu Kunst und Kultur haben, wollen wir unsere vielfältige Kunst- und Kulturszene erhalten und weiterentwickeln.

Die bezirkliche Sportförderung leistet einen wichtigen Beitrag für ein gesellschaftliches Miteinander. Bei der Planung von Sportstätten sollen Sportvereine und Verbände einbezogen werden. Der Erhalt sowie die barrierefreie Ausweitung der vielfältigen Sport- und Schwimmgelegenheiten in Treptow-Köpenick dienen auch der Gesundheit. Ein besonders wertvolles Sportangebot und Aushängeschild für unseren Bezirk ist der Mellowpark, den wir weiter unterstützen werden.

Stadtentwicklung, Wirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz

Wir werden in Treptow-Köpenick die Stadtplanung und Verkehrsentwicklung gemeinsam mit den Bürger:innen zukunftsorientiert, unter Berücksichtigung der Vorgaben des Stadtentwicklungsplans Mobilität und Verkehr, den dazugehörigen Fachplänen und dem Mobilitätsgesetz Berlin, gestalten. Dazu wird ein umfassendes Stadtentwicklungs- und Verkehrskonzept für den Bezirk entwickelt. Dieses wird die Entwicklung des gesamten Bezirks sowie die Struktur und den Charakter der unterschiedlichen Ortsteile, deren Verbindungen unter- und miteinander sowie die Verknüpfung mit den angrenzenden Berliner Bezirken und den Brandenburger Landkreisen im Blick haben. Das Verkehrskonzept soll insbesondere dem Abschluss des 16. Bauabschnittes der A 100 sowie der Sanierung der Eisenbrücke in Alt-Treptow, der angestrebten Verkehrsberuhigung in Baumschulenweg und Oberschöneweide sowie der aktuellen Verkehrssituation in Köpenick mit der zunehmenden Belastung der Wendenschloßstraße in Folge der dortigen Wohnungsbauvorhaben Rechnung tragen. Zur Bewältigung der kritischen Verkehrssituation im Bezirk setzen wir auf eine Stärkung des

Umweltverbunds. Vorrang vor der Errichtung neuer Straßen haben im Sinne des Mobilitätsgesetzes der Ausbau von und Verbesserungen im Fuß-, Rad- und Nahverkehr. Dazu zählen die Ausweisung von Fahrrad- und Spielstraßen sowie die Schaffung von geschützten Radwegen. Die Schulwegsicherheit sowie die Barrierefreiheit nehmen wir dabei besonders in den Fokus. Zur Verkehrsberuhigung streben wir die partizipative Planung von mindestens vier Kiezblocks sowie die Umsetzung von zwei Kiezblocks bis 2026 an.

Zukünftig wollen wir bei großen Bauvorhaben stärker die soziale, verkehrliche und grüne Infrastruktur mitentwickeln – dies gilt auch bei Bauvorhaben, die nicht innerhalb eines Bebauungsplans liegen. Bei allen Bauvorhaben werden wir zum nachhaltigen und klimaneutralen Bauen anregen und beraten. Dazu werden wir das bezirkliche Klimaschutzmanagement personell und finanziell stärken. Wir streben außerdem vermehrt die Erstellung von Bebauungsplänen an. Die Nachverdichtung bestehender Quartiere ist angesichts von knappem und teurem Wohnraum unabdingbar – diese wird aber behutsam, unter Erhalt von möglichst vielen Grünflächen, einer Achtung der ursprünglichen Siedlungskonzepte und der Beteiligung der betroffenen Anwohner:innen erfolgen. Die weitere Nachverdichtung von Innenhöfen bestehender Wohnquartiere wollen wir vermeiden.

Wir streben, da wo es möglich ist, eine Entsiegelung von in Bezirkshand liegenden Flächen an. Die bestehenden Kleingärten wollen wir so weit wie möglich erhalten. Es werden keine Kleingärten für die Neuerrichtung von Straßen aufgegeben. Bäume, insbesondere Straßenbäume, die die grünen Lungen der Stadt sind, wollen wir konsequent nachpflanzen und die Bewässerung sicherstellen. Wir streben eine mindestens ausgeglichene Bilanz an, d. h. für jeden gefälltten Baum soll mindestens ein Baum möglichst standortnah nachgepflanzt werden. Dazu werden die finanziellen Mittel im Haushalt bereitgestellt.

Umwelt-, Natur- und Tierschutz haben für uns hohe Priorität. Treptow-Köpenicks zahlreiche Parks, Naturschutzgebiete, Wälder sowie die Nähe zum Wasser prägen den Bezirk und erhöhen die Lebensqualität. Ihre Pflege, Erhaltung und Ausweitung sind für uns besonders wichtig.

Wir verfolgen eine aktive und bürger:innennahe Stadtentwicklungspolitik. Wir werden den Milieuschutz ausweiten und, wann immer möglich und sinnvoll, das Vorkaufsrecht anwenden bzw. Abwendungsvereinbarungen schließen. Der öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsbau hat im Bezirk Vorrang. Bei privaten Vorhaben werden wir uns für eine kooperative Baulandentwicklung/Bauleitplanung einsetzen.

Um die Ziele im Bereich der Stadtplanung und Stadtentwicklung zu erreichen, werden wir eine Aufstockung der personellen Ressourcen im Amt für Stadtentwicklung sowie im Straßen- und Grünflächenamt vornehmen. Beim Bezirksbürgermeister wird zudem eine Stabsstelle zur Koordinierung (überregionaler) Großprojekte eingerichtet. Sie soll einen Ausgleich verschiedener Interessen zwischen Anwohnerschaft und Investor:innen organisieren und insbesondere den Kommunikationsprozess bei großen Unternehmensansiedlungen, die außerhalb des Bezirks liegen, aber Auswirkungen auf die Infrastruktur haben, stärken. Wir setzen uns für die Stärkung des regionalen Einzelhandels durch Geschäftsstraßenmanagement ein, auch mit einer bezirklichen Imagekampagne.

Treptow-Köpenick soll so schnell wie möglich klimaneutral werden, auch hierbei beziehen wir die Bürger:innen ein. Den von Bund und Land angeschobenen Ausbau von Photovoltaik auf Dachflächen wollen wir in Treptow-Köpenick konsequent umsetzen. Nachhaltigkeit ist für uns

ein übergeordnetes Ziel, das sich durch alle Politikbereiche sowie die Haushaltsaufstellung ziehen wird.

Verfahrensgrundsätze der Kooperation

Die beteiligten Parteien wirken auf der Grundlage der inhaltlichen Übereinkunft auf ein vertrauensvolles und kooperatives Verhältnis im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung hin. Sie bilden gemeinsame regelmäßig tagende Fachgruppen, die aus den Mitgliedern der jeweiligen Ausschüsse und ggf. den zuständigen Bezirksamtsmitgliedern bestehen, mit dem Ziel, sich frühzeitig über Vorhaben der Fraktionen und ggf. des Bezirksamtes zu unterrichten und Initiativen abzustimmen.

Initiativen in der BVV sollen den Kooperationspartnerinnen spätestens am Freitag vor Antragschluss übermittelt werden. Jede beteiligte Kooperationspartnerin kann mit aufschiebender Wirkung bis zur darauffolgenden BVV-Sitzung eine Behandlung einer Initiative in einer Fachgruppe, die in der Zwischenzeit einberufen wird, verlangen.

Grundsätzlich wirken die beteiligten Parteien auf ein gemeinsames Abstimmungsverhalten in den Gremien hin. Dabei stehen folgende Themen unter einem besonderem Konsensvorbehalt:

- Bildung der Ausschüsse,
- Investitionsprogramm sowie dessen Ergänzungen und Änderungen,
- Aufstellung des Haushaltsplans (einschließlich Eckwertebeschluss),
- Bebauungspläne,
- Förderung freier Träger der Jugendarbeit und
- alle Initiativen, die die Grundsätze der inhaltlichen Übereinkunft betreffen.

Weiterhin stimmen sich die Fraktionen in Hinblick auf Initiativen, an denen andere Parteien beteiligt sind, ab. Dies gilt insbesondere dann, wenn nach diesen Verfahrensgrundsätzen Konsens anzustreben ist und darüber hinaus, soweit Geschäftsbereiche, die von einer an dieser Kooperation beteiligten Partei, geführt werden, berührt sind.

Die Parteien unterrichten sich frühzeitig über sämtliche Personalvorschläge. Diese sind regelmäßig zu akzeptieren. Schwerwiegende Bedenken sind unverzüglich anzumelden und zwischen den Parteien auszuräumen.

Grundsätzlich soll die Abstimmung zwischen den Parteien auf Fachebene erfolgen. Können Konflikte auch zwischen den Fraktionsvorsitzenden nicht ausgeräumt werden, tagt der Kooperationsausschuss, der je Partei aus jeweils höchstens zwei Vertreter:innen aus Partei, Fraktion und Bezirksamt besteht. Auch Änderungen dieser Verfahrensgrundsätze, der inhaltlichen Übereinkunft und der Geschäftsverteilung im Bezirksamt werden in diesem Rahmen vereinbart.